

Ein anderes Europa ist möglich!

Bürgerbeteiligung, Referenda und Präferenda zur Krisenbewältigung

Klaus Gretschmann

*The future has many names:
for the weak it is the unreachable
for the fearsome it is the unknown
for the courageous it is an opportunity.*
Victor Hugo

1. EU - multiple Krisen und vielfältige Kritik

Viele Beobachter glauben, dass sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht die EU ein Fall für die Intensivstation ist. Ihre vormalige Attraktivität als ökonomischer Maschinenraum, als politische "soft power" oder als vielgepriesenes Sozialmodell scheint sich angesichts der Schwierigkeiten der Eurozone, der Politik der EZB, der militärischen Herausforderungen an den Außengrenzen, den Flüchtlingsströmen und den internen Interessenkonflikten zu verflüchtigen. Weit entfernt von den traditionellen Integrationstheorien sowie den politischen Visionen der letzten Jahrzehnte, die einen unumkehrbaren Trend hin zu einer immer engeren Union festzustellen meinten, scheint es vielen Akteuren mittlerweile, als ob auch ein Auseinanderbrechen der EU nicht mehr völlig ausgeschlossen werden kann.

Europaweit fransen politische Systeme aus. Geopolitische Spannungen haben neue Höchststände erreicht, Wachstum verlangsamt sich und die Unzufriedenheit und der Europaverdross der Bürger nimmt massiv zu. Gründe für Europakritik und Euroskeptizismus häufen sich. Im Zentrum der Kritik steht die Wahrnehmung (richtig oder falsch) der Bürger auf der Straße, dass es sich bei der EU immer mehr um ein elitistisches Machtkartell von pro-europäischen Karrierepolitikern handelt, denen die realen Alltagsprobleme der Bürger in Europa gleichgültig sind und die eine Machtverlagerung weg von national gewählten Regierungen in ein undurchsichtiges Institutionengeflecht in Brüssel anstreben. Die Bürger fühlen sich entmachtet, entfremdet und zu Schachfiguren von „Spielern“ gemacht, die sie nicht kontrollieren können.

Diese Kritik gibt Anlass zu der Frage geben, ob wir die EU nicht allzu schnell und allzu weit vorangetrieben haben, in eine möglicherweise falsche Richtung und mit der Folge einer „Überdehnung“ ihrer Leistungskraft. Die europäischen Bürger, Wähler und Steuerzahler sind auf diesem Weg verloren gegangen. Europas "Wert", war niemals nur der wirtschaftliche Ertrag und Erfolg der Integration, sondern primär – wenn auch selten vermerkt – die Vielfalt seiner Kulturen, Lebensstile und Gesellschaftsstrukturen. Mit der Wirtschafts- und Fiskalkrise seit 2008 sind jedoch neue *Divergenzen und Risse* aufgetreten. Diese haben unterschiedliche nationale Interessen, Betroffenheit, Präferenzen, Einschätzungen und Wirkungszusammenhänge offengelegt. Europas Führer, aber auch seine Bevölkerungen, singen nicht vom gleichen Notenblatt!

In gewissem Sinn sind wir immer noch „eine unvollständige Union auf dem Weg zu einem unbekanntem Ziel“, wie es Joe Weiler schon vor fast 20 Jahren benannt hat¹.

Zunehmend hilflos, hoffnungslos, ziellos und einflusslos, so präsentiert sich die EU ihren Bürgern in den letzten Jahren. Vertrauen und Zuversicht der Bürger sind in dem Maße zerbrochen, wie die Erfahrung lehrte, dass ihre gewählten Politiker krisengetrieben sind, durch EU Regulierungen, Vetos und Rechtsunsicherheiten daran gehindert sind, notwendige und von den Bürgern gewünschte Maßnahmen zu ergreifen. Die in Brüssel so häufig zitierten „europäischen Regelungen und Werte“ werden als nicht hilfreich angesehen. Nationale Vertreter halten nicht mehr das Steuerruder des Schicksals ihrer Völker in Händen. Dies führt zu Frustration und Europakritik. 70% aller Europäer haben ernsthafte Zweifel, ob Europapolitiker fähig sind, auch nur die dringlichsten Probleme zu lösen. Dies fördert die Europamüdigkeit ungemein.

Zudem gibt es in zentralen Politikfelder in den 28 Mitgliedsstaaten diametrale Beurteilungs- und Meinungsunterschiede: dies gilt für die Geld- und Währungspolitik, die Flüchtlingspolitik, die Erweiterungspolitik (Stichwort: Türkei), für die „Rettungsschirmpolitik“ (Stichwort Griechenland) oder die Energiepolitik etc.²

Daher überrascht es nicht, dass europaskeptische Parteien überall auf dem Vormarsch sind und sie im öffentlichen Diskurs kräftig mitmischen.

Die EU hat zudem über die letzten 10 Jahre ihre großen Visionen verloren, sie ist dazu übergegangen, die kleinen Dinge des Alltags regeln zu wollen. Aber, so frage sich viele Bürger, ist es wirklich die Aufgabe der Brüsseler Politik zu bestimmen und zu entscheiden, welches Benzin wir in unseren Tank füllen, welche Schokolade wir essen, welche Glühbirnen wir benutzen, wieviel Wasser wir die Toilette hinabspülen oder auf welche Leitern wir steigen?

Für den Normalbürger riecht das nach unzulässiger Verbotspolitik, nach Eingriff in unser Privatleben, nach bürokratischem Paternalismus und nach einem fehlgeleiteten Sendungsbewusstsein der Europapolitiker. Mit solcher Politik hat sich die EU zu einer legislativen Maschinerie verändert, die ihre Zuständigkeiten zunehmend erweitert und als Wohlfahrt fördernd preist. Allerdings ohne dafür die prinzipielle Zustimmung der Bürger Europas einzuholen.

Dies hat der Präsident des Europäischen Rats der Regierungschefs unlängst deutlich geißelt: Donald Tusk betonte in der Diskussion um Krise und Reform der EU bei einem Treffen der Europäischen Volksparteien, dass gerade vor dem Hintergrund der oben ausgeführten Kritik ein Bestehen auf „mehr (vom selben) Europa“ nur zu einem Mehr an Populismus führen würde. Vielleicht hat der frühere französische Europaminister Hubert Védrine³ Recht, wenn er angesichts dieser Situation eine „Integrationspause“ fordert.

¹J. Weiler (1999): The Constitution of Europe, Cambridge Mass

²I. Friedrich, (2016) Europa in der Krise – Subjekt oder Objekt der Weltgeschichte? in: EurActiv.de, 15. März 2016

³H. Védrine: It's time for 'a European pause' - An architect of EU integration says the push for more Europe is leading people to reject it.; <http://www.politico.eu/article/hubert-vedrine-its-time-for-a-european-pause-eu-integration-foreign-policy/>

2. Europa im Tief: Stimmungen und Umfragen

Auch wenn schon immer die Meinungen der Bürger zu Europa starken Schwankungen unterlagen – man könnte geradezu von einem schwingenden Pendel sprechen, zwischen Phasen der Euroskepsis und jenen der Europhorie – so hat in den letzten Jahren die Skepsis ein neues Nachhaltigkeitsniveau erreicht.

Mit einem Austritt aus der Union liebäugeln mittlerweile nicht nur die Briten. Eine Umfrage des britischen Meinungsforschungsinstituts Ipsos Mori und vieler anderen zeigt, wie verbreitet die Ablehnung der EU inzwischen ist. Demnach fordern 58 Prozent der Italiener, 55 Prozent der Franzosen, 45% der Deutschen und 43 Prozent der Schweden ebenfalls eine Volksabstimmung über die Zukunft ihres Landes in der EU. Würden sie gefragt, stimmten derzeit 48 Prozent der Italiener, 41 Prozent der Franzosen und 39 Prozent der Schweden für einen Austritt. Auch in Deutschland ist die Ablehnung überraschend hoch. Der Umfrage⁴ zufolge wären 34 Prozent der Deutschen dafür, die EU zu verlassen. Das ist eine alarmierende Momentaufnahme der Stimmungslage.

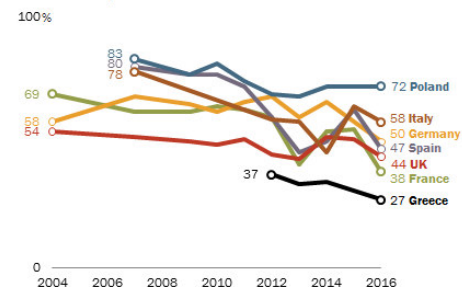
In den meisten Ländern finden sich 15-20 % an Wählern, die Europa komplett ablehnen, und weitere 15-20% die unverbrüchlich zu Europa stehen. Dies bedeutet, dass 60-70% in der Mitte sehr volatil sind. Védrine, der frühere französische Europaminister nennt diese Gruppe *euro-allergisch*.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, wenn die *Roubini* Gruppe⁵ in ihren Europa Szenarien die höchste Probabilität mit 45% und steigender Tendenz dem „*Drift Back to Nation States*“ einräumt.: *“The migrant crisis, terrorism, the wars around Europe’s borders and the rise of populist parties have all increased the chance of this disintegration scenario.”*

Europas Bürger zeigen unverhohlenen Europaverdross und Europa-Aversion und die Britische Entscheidung für den Brexit ist da kein Ausreißer. Dies wird auch deutlich in *Pew's* Europa Umfrage⁶ vom Sommer 2016, die allen EU Fans erhebliche Ernüchterung beschert. Drei Charts sind besonders bedeutungsvoll.

After short-lived rebound, views of the EU on the decline again in key European countries

Favorable view of EU



Source: Spring 2016 Global Attitudes Survey, Q10c.

Euroskepticism Beyond Brexit

PEW RESEARCH CENTER

⁴ | Devastating MORI poll shows Europe's peoples share British rage over EU; <http://www.telegraph.co.uk/business/2016/05/10/devastating-mori-poll-shows-europes-peoples-share-british-rage-o/>

⁵ Roubini Global Economics, Europe Scenarios: The Drift Back to Nation States, August 19, 2016; <https://www.roubini.com/analysis/europe-scenarios-the-drift-back-to-nation-states>

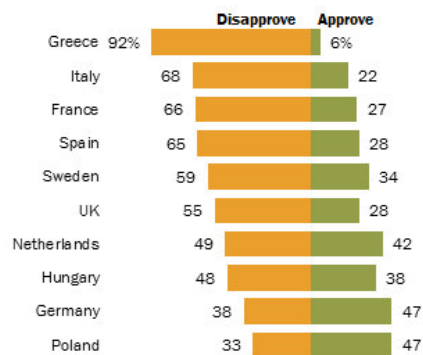
⁶ PEW: http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroskepticism-beyond-brexite/pm_2016-06-07_brexit-00/

Obige Abbildung zeigt nicht nur einen generellen Abfall der Popularität der EU in verschiedenen Mitglieds-länder, sondern auch einen besonders drastischen Ansehensverlust in Frankreich (17% über die letzte Dekade) Nur in Griechenland findet sich ein noch massiverer Ansehensverlust (71% haben eine negative Einstellung zur EU).

Dabei spielen vor allem zwei Faktoren eine besondere Rolle: Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik sowie die Handhabung der Flüchtlingskrise:

Europeans generally disapprove of EU's handling of economy

Do you ___ of the way the European Union is dealing with European economic issues?



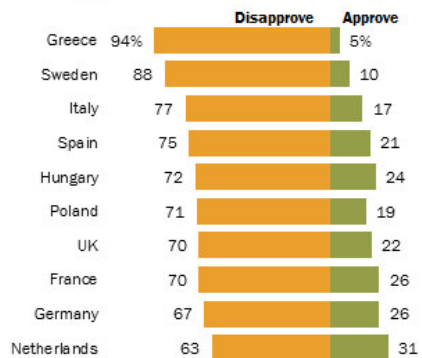
Source: Spring 2016 Global Attitudes Survey, Q50a.

"Euroscepticism Beyond Brexit"

PEW RESEARCH CENTER

Overwhelming majorities unhappy with EU's handling of refugees

Do you ___ of the way the European Union is dealing with the refugee issue?



Source: Spring 2016 Global Attitudes Survey, Q50b.

"Euroscepticism Beyond Brexit"

PEW RESEARCH CENTER

3. REFERENDA, PRÄFERENDA UND DARÜBER HINAUS

3.1 Europaidee neu fassen: Wo bleiben die Bürger?⁷

Die Krise der EU ist nicht zuletzt auch eine Krise der europäischen Idee. Diese bedarf der Erneuerung und die Tragfähigkeit des Neuen beruht darauf, dass die Idee nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben entfaltet wird, m.a.W. sie muss von den Bürger Europas entwickelt und gefördert werden. Ob und wie eine solche neue Idee aussehen wird und wie sie in institutionelle Arrangements umgesetzt werden kann, wird zu diskutieren sein.

Das Vertrauen der Bürger in die Gestaltung und Durchführung von europäischer Politik auf sowohl nationaler wie europäischer Ebene ist entscheidend für die Legitimation und Leistungsfähigkeit europäischer Politiken. Dies erfordert ein wachsendes Engagement der Zivilgesellschaft im Entscheidungsprozess sowie transparente basisdemokratische und kritische Überprüfung der Prozesse und Strukturen. Die **volle** Implementierung von Geist und Inhalt des Artikel 11 des Lissabon Vertrag könnte einen guten Ansatzpunkt dafür liefern, die Bürger näher an die EU heranzuführen.⁸

In seiner Karlspreisverleihungsrede hat der ehemalige Präsident des Europäischen Rats Herman Van Rompuy darauf hingewiesen, dass die EU in den vergangenen Dekaden mehr mit „*free movement*“ und der Aufhebung von Beschränkungen in einem größeren Raum (Binnenmarkt) und leider viel zu wenig mit den Bedürfnissen der Bürger im lokalen und regionalen lebensweltlichen Kontext befasst war. Er problematisierte dies durch den Gegensatz von „*Space*“ und „*Place*“⁹.

Wie aber kann man Bürger und Europa wieder miteinander „versöhnen“? Mehr zum Wohle der Bevölkerung etwa wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch zu tun, wird nicht genügen. Ohne mehr Beteiligung, Partizipation und Einbezug der Betroffenen und Beteiligten ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen.

Schmale¹⁰ fordert daher in diesem Sinne, fundamentale Fragen in „Europäischen Referenden“ den EU-Bürgern vorzulegen. Dazu zählt nicht zuletzt der Eintritt in und der Austritt aus der EU: „*Nimmt man noch einmal das Brexit-Votum: Der Austritt des Vereinigten Königreichs ist mitnichten eine nationale Angelegenheit, sondern betrifft, wenn auch unterschiedlich intensiv, alle anderen EU-Mitglieder und hat langanhaltende Konsequenzen. Es nimmt sich geradezu absurd aus, dass nur die Briten darüber zu entscheiden hatten und nicht alle EU-Bürger*“.

Damit könnte sich vielleicht auch eine „europäische Öffentlichkeit“ entwickeln und ein genuin europäischer Demos entstehen.

⁷ W. Schmale, (2016), Um die EU aus der Krise zu führen, braucht es eine Reform des EU-Vertrages, ÖGfP Policy Brief 23, Wien, 03. Oktober 2016

⁸ „[Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#)“ (AEUV) „(1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. (2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft....“

⁹ Speech by President Herman van Rompuy upon receiving the International Charlemagne Prize, Aachen, 29 May 2014

¹⁰ W. Schmale, a.a.O.

3.2 REFERENDA UND PRÄFERENDA

Allerdings gibt es in Wissenschaft und Politik nicht unerhebliche Vorbehalte gegen nationale und mehr noch gegen europäische Plebiszite. Hinterfragt wird, ob diese – vor allem, wenn sehr komplexe Fragen zur Abstimmung stehen - geeignet sind, wirklich den Willen des Volkes zu ermitteln, oder ob nicht parlamentarische Abstimmungen vorzuziehen wären, da Volksabstimmungen häufig von anderen Fragen überlagert werden, insbesondere von der Beliebtheit oder Unbeliebtheit der jeweiligen politischen Führung. Die demokratietheoretische Frage ist, welches Verfahren einen ausführlicheren Diskurs und eine Kompromissfindung ermöglicht. Zudem gilt es zu bedenken, dass eine Mehrheitsentscheidung durch das Volk immer Minderheiten ausschließt, während das parlamentarische Verfahren auf Inklusion angelegt ist.

Daher schlägt der Autor dieses Beitrags vor, an die Stelle von Referenda **Präferenda** zu setzen:

Nein, das ist kein Tippfehler, wie der geneigte Leser vermuten könnte. Es geht hierbei auch nicht um direkte Abstimmungen in der Wahlkabine, wo die Bürger aufgefordert sind, eine Entscheidung/Vorlage entweder anzunehmen oder abzulehnen. Mit der Einführung des Konzepts **Präferenda** – aufbauend auf einer Kombination von Präferenzen und Referenden - wollen wir ein Konzept vorschlagen, welches der Politik helfen könnte, Informationen bereitzustellen und zu substantialisieren, die für eine bürgernahe Europapolitik unverzichtbar sind. Intention ist es, die Bürger zu „hören“ und im Diskurs zu beteiligen, indem deren Wünsche, Präferenzen, Probleme und Vorstellungen in den politischen Entscheidungsprozess soweit möglich Eingang finden.

Nun mögen Kritiker anmerken, dass die EU Kommission bereits heute in verschiedenen Dossiers umfassende Umfragen, Konsultationen und Hearings abhält. Manchmal und bei weitem nicht in allen Fragen sind derartige Verfahren tiefenscharf, sie werden allerdings nicht durch eine breiten Bevölkerungsschnitt, sondern durch professionelle Experten und häufig durch Lobby-Organisationen geprägt. Nur sehr selten werden allgemeine Umfragen unter „Experimentierbedingungen“, d.h. **simulierte Bürgerentscheide**, durchgeführt. Der Vorteil der Präferenda Technik dabei ist, dass sie ex-ante operiert, d.h. ermittelt was die Bürger Europas sich vorstellen und wie sie entscheiden würden.

So sind gerade in Zeiten von “Big Data” Online- Befragungen ein Mittel der Wahl. Damit können eine große Anzahl von EU Bürgern zu komplexen Problemen, Vorhaben und Entscheidungen einbezogen werden. Die von ihnen zum Ausdruck gebrachten Ideen und Präferenzen können dann im formellen politischen Entscheidungsprozess von den Entscheidungsträgern entweder angenommen oder aber auch abgelehnt oder ignoriert werden. Allerdings wird dann für die Wähler und Bürger auch deutlich sichtbar, inwieweit ihre politischen Repräsentanten den Bürgerpräferenzen entsprechen handeln oder nicht. Präferenda sind damit ein flexibles Werkzeug - anpassungsfähig, wahrnehmungsintensiv und Legitimität steigernd. Es eignet sich bestens dazu, die Schnittstelle zwischen Inhalten und Entscheidern, zwischen Betroffenen und Beteiligten zu überbrücken und Einsicht, Transparenz und Leadership zu versöhnen.

Dagegen erscheinen in einer emergenten Internet-Demokratie die alten Steuerungsverfahren Brüsseler Provenienz fast schon archaisch! Neue Realitäten sowie Probleme der Bürgerferne und politischer Abge-

hobenheit können mit alten Methoden nicht mehr sinnvoll angegangen werden. Die Nutzung von Präferenda und *“online surveys”* könnten sicherstellen, dass Interessen, Gemeinwohl, Bürgerpräferenzen, Inhalte und Kommunikation in Europa auf ein neues Fundament gestellt werden.

4. Wohin geht die Reise, Europa?

Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Frage muss das sein, was Giuseppe Tomasi di Lampedusa in *Il Gattopardo* so treffend formuliert hat: *„Se vogliamo che tutto rimanga come è, bisogna che tutto cambi“*¹¹.

Wollen wir die Attraktivität und den Spirit Europas zurückgewinnen, dann reichen weder Sonntagsreden noch Beschwörungsformeln, wie sie aus Brüssel so häufig zu hören sind. Ein neues Narrativ sowie ein völliger Um- bzw. Neubau der EU scheint zwingend geworden.

Ein *Redesign* darf aber definitiv nicht auf einen Ausbau des zentralistisch-paternalistischen Europas zielen, darf nicht der Logik der normenproduzierenden bürokratisch-institutionellen Maschinerie folgen, sondern muss sich auf Freiheit, Vielfalt, Verantwortlichkeit, auf die Präferenzen der Bürger und Völker Europas konzentrieren und deren wirkliche Probleme, seien es Arbeitslosigkeit, Migration, Sicherheit, Umwelt oder die neue digital getriebene Ökonomie, aufgreifen. Was wir brauchen ist eine **EU 2.0**, die mehr ist als eine Elitenveranstaltung mit beschränktem Sichtfeld.

In der Tat brauchen wir heute die EU mehr als je! Was wir aber nicht brauchen ist „mehr Europa“ – im Sinne von mehr von dem, was wir haben. Wir brauchen ein Europa, welches sich viel näher an seinen Bürgern orientiert; EU Politiker die zuhören und nicht belehren; eine EU der Vielfalt und Flexibilität und nicht der Sklerose und des Festhaltens an alten Konzepten. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Konsolidierung und neuer Dynamik; zwischen Risiko und Chancen, zwischen Wachstum und Verteilung. Wir brauchen einen breit basierten sozialen Diskurs – vielleicht sogar einen neuen Sozialvertrag – zwischen den Völkern Europas, darüber wie wir in 20 Jahren leben wollen und wie wir die Reise dorthin gestalten. Ein anderes Europa ist möglich!

¹¹ G. Tomasi di Lampedusa; *Il Gattopardo*. Milano 1958 (dt. Der Leopard. München 1959): *„Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, müssen wir alles verändern!“*

Buchprojekt "Vom Traum zum Feindbild? Europa referendumsfest machen!"

Autor	Artikel zum Thema	Oberthema
Edmund Stoiber	Das europäische Integrationsprojekt in Gefahr?	Einführung
Bodo Hombach	Welches Europa wollen wir? Plädoyer für eine ehrliche Debatte	Einführung
Interview: Rolf-Dieter Krause und Martin Winter	Europa in der Krise	Eine Lagebeschreibung
Klaus Gretschmann	Referenden: Gefahr für Europa oder Chance für mehr Bürgerbeteiligung?	Eine Lagebeschreibung
Ulrich Reitz	Wir müssen wieder mehr Churchill wagen! (ursprünglich vorgeschlagen: Demokratie und Öffentlichkeit: Die Rolle der Medien)	Eine Lagebeschreibung
Manfred Güllner	Europa aus Sicht seiner Bürger	Eine Lagebeschreibung
Wolfgang Reitzle	Europa als Geschäftsmodell	Standortbestimmungen: Was Europa Verbindet
Karl-Heinz Rummenigge	Mehr als nur Institutionen: Europa erlebbar machen	Standortbestimmungen: Was Europa Verbindet
Ann-Kristin Achleitner	Die Bedeutung der europäischen Idee für Unternehmensgründungen	Standortbestimmungen: Was Europa Verbindet
Christoph Schwennicke	Weniger Europa wagen - für mehr Europa! (ursprünglich vorgeschlagen: Nationalismus und Populismus)	Standortbestimmungen: Was Europa auseinandertreibt
Alexander Graf Lambsdorff	Demokratiedefizit der EU (ursprünglich vorgeschlagen: Grenzen der Solidarität: Europa als Transferunion)	Standortbestimmungen: Was Europa auseinandertreibt
Serap Güler	Eine Strategie für Europa als Perspektive für die Türkei (ursprünglicher Titel: Die Grenzen Europas: Erweiterung und die immerwährende Türkei-Debatte)	Standortbestimmungen: Was Europa auseinandertreibt
Herfried Münkler	Deutschlands neue Verantwortung in und für Europa	Nationale Perspektiven auf Europa
Charles Aldington	Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Referendums auf das Vereinigte Königreich und Europa	Nationale Perspektiven auf Europa
Sascha Lehnartz	Frankreich: Krise einer europäischen Führungsmacht	Nationale Perspektiven auf Europa
Alfred Gusenbauer	Niederlande, Finnland, Österreich: Neues Selbstbewusstsein 'kleiner' Staaten	Nationale Perspektiven auf Europa
Sigmar Gabriel	Europa neu gründen	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Martin Schulz	Europapolitik und der Populismus	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Wolfgang Schüssel	Ohne Solidarität hat Europa keine Zukunft (ursprünglich vorgeschlagen: Ungarn, Tschechien und Polen: Neuer Nationalismus in Osteuropa)	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Elmar Brok	Ein Europa der Vaterländer?	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Gesine Schwan	Ohne Solidarität hat Europa keine Zukunft (ursprünglich vorgeschlagen: Ungarn, Tschechien und Polen: Neuer Nationalismus in Osteuropa)	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Günter Verheugen	Die außen- und sicherheitspolitischen Risiken und Möglichkeiten der Europäischen Union (ursprünglich vorgeschlagen: Pragmatische Vorschläge für eine reformierte europäische Union)	Perspektiven auf die Zukunft Europas
Herausgebergespräch: Edmund Stoiber und Bodo Hombach	<i>über allgemeine und konkrete Fragen sowie Thesen und Inhalte der Beiträge</i>	Fazit/Ausblick

Stand: 05.10.2016